

Der grüne Würgegriff des Westens

30 Juli 2022 13:38 Uhr

"Nachhaltige Entwicklung" klingt hübsch, oder? Verantwortung für künftige Generationen? In Wirklichkeit hat Sri Lanka gerade vorgeführt, wohin diese Experimente führen. Und Ghana ist der nächste Spielort für dieses Drama. Auch die Ukraine ist mit im Spiel.



Quelle: www.globallookpress.com © Seth
Straßenszene in Accra, Ghana, 14.07.2022

von *Dagmar Henn*

Es ist Zeit, das grüne Experiment zu stoppen. Weltweit. Um den Irrsinn zu erkennen, müssen wir uns eigentlich nur in Deutschland umsehen. Aus einem über Jahrzehnte verlässlichen Stromnetz wurde eines, das schon ohne fehlendes Erdgas im Winter seit Jahren knapp am Blackout vorbeischrämte; 80 Prozent der pflanzlichen Nahrungsmittel müssen importiert werden, weil viel Fläche für Biosprit genutzt wird, und wenn die Verbote künstlicher Düngung, die gerade in den Niederlanden und in Kanada zu heftigen Bauernprotesten führen, auch hier umgesetzt werden, wird auch beim Getreide die Selbstversorgung der Vergangenheit angehören.

Eigentlich sind die Grundsätze ganz einfach. Dass sich die Bevölkerung in Deutschland vom Jahr 1800 bis heute vervierfachen konnte, wäre ohne gewaltige Produktivitätszuwächse in der Landwirtschaft nie möglich gewesen. Wie groß sie sind, kann man an der Veränderung des Anteils der Bevölkerung sehen, der in der Landwirtschaft tätig ist: von über 90 Prozent um 1800 auf fünfzig Mitte des vergangenen Jahrhunderts auf nur noch etwas über einem Prozent heute.

Die Industrialisierung sog lange Zeit die freigesetzten Arbeitskräfte auf und wäre gleichzeitig nicht möglich gewesen, hätte die Mechanisierung nicht den Arbeitskräftebedarf verringert. Es lässt sich an diesem historischen Beispiel ablesen, dass die gesicherte Ernährung und die technische Entwicklung der Landwirtschaft die wichtigste, unverzichtbare Grundlage für die weitere Entwicklung ist.

Der Einsatz von Kunstdünger trug bedeutend zu dieser Entwicklung bei. Schließlich kann er die Erträge verdoppeln. Selbstverständlich funktioniert das auch andersherum – wird nicht mehr künstlich gedüngt, halbieren sich die Erträge. Natürlicher Dünger steht nämlich nur begrenzt zur Verfügung. Weshalb beispielsweise die niederländische Politik, die eine Landwirtschaft ohne Düngung erzwingen will, auch auf Deutschland Auswirkungen haben wird, weil große Teile der Gemüseimporte aus den Niederlanden stammen. Wenn sich das Angebot von dort verknappt, dürften nicht nur die Preise steigen; es wird schlicht wesentlich weniger Gemüse geben.

Sri Lanka hatte auf Biolandwirtschaft umgestellt und die Regierung hatte den Import von Kunstdüngern und Pflanzenschutzmitteln verboten. Das Ergebnis? Die Produktion von Nahrungsmitteln ging drastisch zurück, und letztlich jagte die hungernde Bevölkerung die Regierung aus dem Amt. Es ist nicht so, dass ein solches Resultat nicht absehbar wäre. Die Inselbewohner hatten nur das Pech, eine Regierung zu haben, die gerne den Musterknaben in "Nachhaltigkeit" und "Energiewende" geben wollte.

Dabei ist die ursprüngliche Kritik, von der all diese Fantasien ausgingen, durchaus berechtigt. Ein langjähriger Gebrauch von Kunstdünger (und in Deutschland reden wir schon von hundert Jahren; schließlich wurde die dafür grundlegende Ammoniak-Synthese in Deutschland erfunden) führt zur Auslaugung der nicht im Dünger enthaltenen Nährstoffe im Boden. Wenn man aber den Kunstdünger einfach streicht, ändert das an dieser Nährstoffzusammensetzung nichts (es geht dabei um Spurenminerale wie Selen), nur die produzierte Menge geht massiv zurück. Der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel hat eine ähnliche Wirkung. So etwas muss man sich leisten können. Die ganzen Eskapaden, die in der deutschen Landwirtschaft durchgeführt wurden, funktionierten nur, weil der Import aus anderen Ländern jederzeit möglich ist (beziehungsweise war, das ändert sich gerade). Wenn Länder, bei denen nötige Nahrungsmittelimporte gleich den Staatshaushalt in die Bredouille bringen, damit experimentieren, endet das wie in Sri Lanka.

In vielen Ländern der Erde sind die meisten landwirtschaftlichen Betriebe winzig, und es handelt sich meist um Subsistenzwirtschaft. Das bedeutet, es wird sehr wenig Überschuss produziert, und wenn sich die Bedingungen verschlechtern (wenn der Dünger unbezahlbar wird beispielsweise), reicht der Ernteertrag nicht einmal zur Selbstversorgung. Diese Kleinlandwirtschaft erhält zwar die Mehrheit der Bevölkerungen gerade so am Leben, aber sie ist lange nicht so produktiv wie eine Landwirtschaft, die sich alle verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und moderne Technik zunutze machen kann.

Es gibt zwei Wege, auf denen sich eine produktivere Form der Landwirtschaft historisch durchsetzen konnte. Die eine besteht in der Vertreibung der Kleinbauern und der Bündelung des Landes in den Händen von Großbetrieben; der andere besteht darin, dass die Kleinbauern selbst, als Genossenschaft, einen Großbetrieb schaffen. Die einfachste Form davon sind Maschinengenossenschaften, in denen nur das technische Gerät gemeinsames Eigentum ist. Eine genossenschaftliche Entwicklung ist allerdings nicht das, was sich als Plan hinter dem ganzen Paket der "Nachhaltigkeit" erkennen lässt. Es würde mich nicht wundern, wenn im Gefolge der Krise in Sri Lanka schon Aufkäufer internationaler Konzerne unterwegs wären, um bankrotten Bauern ihr Land abzukaufen.

Für ein Land in den ärmeren Regionen der Welt erweist sich die angepriesene Nachhaltigkeit als tödliche Falle. Dank der Tatsache, dass die Erschließung neuer Lagerstätten fossiler Treibstoffe inzwischen von den (westlichen) Banken nicht mehr finanziert wird, entgeht selbst armen Ländern wie Namibia oder Mosambik der Zugang zu günstigen Treibstoffen. Die aber werden dort benötigt, um eine Mechanisierung zu ermöglichen und sich womöglich selbst mit Kunstdünger versorgen zu können; eine sehr energieintensive Produktion, wie wir in den vergangenen Monaten lernen mussten.

Das Pariser Klimaabkommen liest sich erst einmal unschuldig (unabhängig davon, ob man an den Klimawandel glaubt oder nicht). Die praktische Umsetzung sieht dann anders aus. Sie erfolgt nämlich mit den altbekannten Zwangsmitteln – der Gewährung oder Verweigerung von Krediten, bei denen allerdings nicht die Vorgaben, die man vom IWF schon kennt, und die zur dauerhaften Armut führen, ersetzt wurden; nein, sie wurden um die zusätzliche Vorgabe des "Klimaschutzes" ergänzt. Im Gegensatz zu dem, was jahrelang in all den Debatten über Nachhaltigkeit erzählt wurde, ist hier kein besseres Modell an die Stelle des alten getreten, sondern das alte wurde durch zusätzliche Auflagen verschärft.

Das führt dazu, dass der Bau traditioneller Kraftwerke weniger gefördert wird als die "erneuerbaren Energien". Wie wir aber aus Deutschland wissen, sind die Erträge der "Erneuerbaren" schwankend, und es ist oft fraglich, ob überhaupt eine positive Energiebilanz entsteht, sprich, ob mehr Energie erzeugt wird, als ihre Erzeugung verbraucht. Die hier üblichen Berechnungen für Windräder ignorieren beispielsweise nach wie vor das Problem des Rückbaus, der bisher schlicht unterlassen wird, weil es ziemlich teuer ist, den Betonsockel loszuwerden und für die Entsorgung der Flügel noch nicht einmal ein Konzept besteht.

Die verlässlichste Variante dieser Energieform, die klassische Wasserkraftgewinnung mit Stauseen, ist natürlich ebenfalls nicht vorgesehen, weil dafür ja in die Umwelt eingegriffen und doch der Wald geschützt werden muss.

Die Kreditpolitik beziehungsweise die Tatsache, dass es für diesen Schmonzes leichter Geld gibt und andererseits die Erschließung eigener fossiler Rohstoffe verboten ist, führt dann dazu, dass Länder, deren Stromnetze schwach entwickelt sind, sie zusätzlich mit schwankender Zufuhr belasten. Wenn das schon in Deutschland nicht gut geht, wie dann in Ländern wie Ghana?

Ghana bemüht sich, wie Sri Lanka, brav alle Vorgaben zu erfüllen. Das heißt, es wurde in Solaranlagen investiert. Allerdings in einer Situation, in der das Angebot an Strom nicht den Bedarf deckt, sondern ihm immer hinterherhinkt, weil dieser pro Jahr um bis zu 15 Prozent ansteigt. Wenn eine stetig steigende Nachfrage auf ein schwaches Netz mit schwankender Versorgung trifft, ist Unheil vorprogrammiert. In Ghana manifestierte sich das dieses Jahr mit Stromabschaltungen und in den Medien läuft eine Debatte, ob es sich dabei jetzt die [Rückkehr](#) von "Dumsor" handelt (ein Wort, das übersetzt "An-Aus" bedeutet und aus der Zeit häufiger [Stromausfälle](#) in den Jahren nach 2014 stammt). Die Netzgesellschaft von Ghana [meint](#), das seien immer lokal begrenzte Abschaltungen, deshalb sei das Wort nicht angebracht. Aber die Abschaltungen sind die Folge von [Instabilitäten](#) im Netz.

Inzwischen [kommentierte](#) ein Professor der John-Hopkins-Universität, Steve Hanke, dieses Ergebnis. "2015 unterzeichnete Ghana das Pariser Abkommen, und die Weltbank sorgte für eine Bürgschaft über 700 Millionen Dollar für Ghanas Übergang zu erneuerbaren Energien. Heute hat Ghana es mit regelmäßigen Blackouts zu tun. ... Drei Länder wurden zu Musterfällen für grüne Katastrophen. Ghana,

Südafrika und Sri Lanka. Was haben sie miteinander gemein? Stromabschaltungen, Proteste und Blackouts."

Ghana hat sich auch verpflichtet, den Gebrauch von Kunstdüngern zu reduzieren. Inzwischen stieg die Zahl der Einwohner, deren Ernährung nicht gesichert ist, auf 11,7 Prozent oder 3,6 Millionen Menschen; doppelt so viele wie 2009.

Viele Nahrungsmittel werden importiert. In den Jahren von 2017 bis 2020 gab Ghana 1,13 Milliarden Ghana-Cedi (etwa acht Cedi entsprechen einem Euro) für den Import von Reis aus, 2,65 Milliarden für Hühnerfleisch, 487 Millionen für Fleisch und 281 Millionen für Gemüse.

Für die Notwendigkeit, Hühnerfleisch zu importieren, darf sich Ghana bei der EU bedanken, die durch jahrelange subventionierte Exporte die Hühnerzucht in ganz Westafrika ruiniert hat. Beim Reis, so ein ghanischer Politiker, könnte das Land nicht nur Selbstversorger sein, sondern sogar exportieren: "Der durchschnittliche Ertrag an Reis in Ghana liegt bei etwa 3,5 Tonnen pro Hektar. Mit einer guten Sorte und guten landwirtschaftlichen Technologien (guter Vorbereitung des Bodens vor der Aussaat, Kultivierung während des Wachstums, Unkrautbeseitigung, Schädlingsbekämpfung, Düngung, Wassermanagement, guten Ernteverfahren, Trocknung etc.) könnte Ghana 8 bis 11 Tonnen pro Hektar erzielen." Es ist leicht zu sehen, dass die Nachhaltigkeitsvorgaben der Umsetzung eines solchen Reisanbaus im Weg stehen.

Der hohe Anteil an Importen dürfte mit dazu beigetragen haben, dass die Inflation in Ghana inzwischen nach offiziellen Angaben bei 29,8 Prozent liegt. Der Preis für Speiseöl ist um 59,3 Prozent gestiegen, der für Weizenmehl um 65 Prozent. Dafür hat die Währung Ghanas 23,5 Prozent an Wert verloren, was die Importe weiter verteuert. Im Verlauf der letzten zwei Jahre sind die Nahrungsmittelpreise nach Angaben ghanaischer Oppositioneller insgesamt um 400 Prozent gestiegen.

Die Regierung tut daraufhin das, was sich die westlichen Länder wünschen – sie will Sonderziehungsrechte beim IWF beantragen. Muss man die Folgen ausbuchstabieren? Kürzung des Staatshaushalts, Entlassung öffentlicher Beschäftigter, Privatisierung von allem, was nicht bei drei auf dem Baum ist? Ich denke, jeder weiß inzwischen, welches Elend sich hinter den drei Buchstaben IWF verbirgt. Kwesi Pratt Junior, Vertreter der oppositionellen Sozialisten, sagt über die Folgen des ersten IWF-Kredits 1983: "Von den 400 Fabriken, die Nkrumah (der erste Präsident Ghanas, Anm. d. Red.) gebaut hatte, hatten wir 1992 über 300 verkauft. Von all den Unternehmen und Fabriken, die wir verkauft haben, arbeiten jetzt nur noch zwei. Die anderen brachen schlicht zusammen."

Oder der Kredit von 2015: "Im Austausch gegen einen Kredit von 918 Millionen US-Dollar verordnete die Regierung Reformen, einschließlich einer Zurücknahme von Energiesubventionen, einer Steigerung der Benzinpreise um 17 Prozent und dem Einfrieren der Stellen im öffentlichen Sektor. Der nominelle Lohnanstieg wurde ebenfalls auf 10 Prozent begrenzt."

Am 4. Juli traten die Lehrer in den Streik. Sie forderten eine Erhöhung ihres Gehalts um 20 Prozent, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten abzufangen. Nachdem sich die Streiks auszuweiten drohten, stimmte die Regierung einer Erhöhung um 15 Prozent zu. Die Gewerkschaften lehnen eine Kreditaufnahme beim IWF ab. Wenn die Vorgaben des IWF bekannt werden, könnte das zu Unruhen führen.

Übrigens hatte sich neben dem IWF mit seinem "großzügigen" Angebot bereits im April USAID in Ghana [gemeldet](#) und erklärt, die Vereinigten Staaten würden Ghana weiter dabei unterstützen, in der Nahrungsmittelproduktion selbstversorgend zu werden, angesichts des globalen Kunstdüngermangels, der "durch Russlands Invasion in der Ukraine" ausgelöst worden sei. Die USA sind wie immer bereit, einen von ihnen geschaffenen Mangel im Austausch gegen eine Stärkung ihrer Machtposition zu beheben.

Die Bedingungen, die mit der "Nachhaltigkeit" gesetzt werden, führen aber nicht nur zu einem Anstieg des Hungers. Sie werden auch den Bankrott vieler Bauern auslösen. Und da wird es interessant, wenn man feststellt, dass unter den größten Landaufkäufern weltweit Konzerne zu finden sind, die die ganze Klimaagenda mit viel Geld gefördert haben. Bill Gates beispielsweise. Oder [Monsanto](#). Die dann nicht nur genetisch modifiziertes und patentiertes Saatgut, das für dauerhafte Abhängigkeit der Anbauer sorgt, in den Markt [drücken](#) können, sondern die Ernährung der Welt direkt unter Kontrolle haben.

Die Regierung in Kiew hat übrigens letztes Jahr die Corona-Maßnahmen genutzt, um die vom IWF geforderte "Öffnung" des Landmarkts [durchzupauken](#). Also die Aufhebung der Regelung, die es Ausländern untersagt, Land in der Ukraine zu kaufen. Wie groß die Flächen sind, die sich diese Akteure dort seitdem unter den Nagel reißen konnten, ist unbekannt. Aber klar ist, dass auch diese Bestrebungen mit dazu beitragen, einen Frieden in der Ukraine zu verhindern. Denn mit der Kontrolle über die fruchtbaren ukrainischen Böden wären diese Akteure ihrem Ziel, in nennenswertem Maße die Kontrolle über die globale Nahrungsmittelproduktion zu erlangen, einen großen Schritt näher.

In Russland sind sie übrigens seit 2014 aus dem Spiel. Die Rekordernten der letzten Jahre wurden ohne Pestizideinsatz erzielt; da spielte sicher der hohe wissenschaftliche Stand der Landwirtschaft eine bedeutende Rolle.

Wenn man die weltweite Entwicklung betrachtet, sieht es sehr danach aus, dass die Zusammensetzung der Sanktionen vor allem das Ziel hatte, den kolonialen Griff wieder zu verstärken. Die negativen Folgen für die Bevölkerungen selbst der westlichen Kernländer waren bei dem Angriff auf den globalen Süden sozusagen der Kollateralschaden.

Aber auch hier – die Zeiten, in denen der IWF die einzige Rettung vor einer drohenden Katastrophe war, sind vorbei, und es könnte sich erweisen, dass viele Länder in Russland und China die bessere Alternative sehen. Zum Glück; denn wenn man die Entwicklung des chemisch-agrarischen Komplexes kennt, geht es in dieser Auseinandersetzung tatsächlich um die Freiheit, und zwar auf einer sehr existenziellen Ebene. Und es ist nicht der Westen, der für sie esteht.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.